

Hans-Peter Bartels

Unbehagen über den Zustand der SPD

Mitgliederschwund, korrektes Regieren und die Linkspartei

»Im Moment also, darüber herrscht Einigkeit, geht es der SPD nicht ganz so gut«, konstatiert der Kieler SPD-Abgeordnete treffsicher. Doch Not macht erfinderisch. So schlägt er vor, sich bei der Mitgliederwerbung mehr um Ältere zu kümmern, die gerade am Ende des Erwerbslebens neues Engagement suchten. Dagegen drohen die Jüngeren zur Randgruppe in der Partei zu werden. Interesse am verbindlichen Engagement sei indes durchaus »weckbar«, zum Beispiel über zeitgemäße »aufnehmende Strukturen«.

Einschränkend muss vorweg gesagt werden: Es geht der SPD niemals ganz gut. Selbst im größten Triumph liegt immer schon der Keim künftiger Niederlagen, und noch jede existenzielle Krise nehmen wir mit routinierter Tapferkeit wahr als Herausforderung und Chance.

Das gepflegte Räsionieren über den Zustand der SPD bedient sich immer wieder gern der historisierenden Metaphern von »Aufstieg« und »Niedergang« der Sozialdemokratie. Tatsächlich aber ist das in der Parteiengeschichte Deutschlands auffälligste Merkmal der Sozialdemokratischen Partei ihre Dauerhaftigkeit – über Verbote, Verfolgung, Abspaltungen und bleierne Oppositionszeiten hinweg.

Im Moment also, darüber herrscht Einigkeit, geht es der SPD nicht ganz so gut. Stärker als andere leidet die Partei unter der individualistischen Flucht aus den Institutionen politisch-moralischer Verbindlichkeit, unter dem Älterwerden unserer Gesellschaft und unter dem Regieren mit wechselnden Koalitionskompromissen. Die SPD-Umfragezahlen sind schlecht, und der Partei der Kanzlerin wie erst recht den kleineren Oppositionsparteien geht es demoskopisch gut.

Auch wenn dies im Auf und Ab von 144 Jahren Geschichte nur eine Momentaufnahme ist, gibt es doch benennbare Konsequenzen, die heute gezogen werden können: *Erstens* gegen den Mitgliederschwund, *zweitens* gegen die Selbstzweifel

beim Regieren und *drittens* gegen die un-bequeme neualte Konkurrenz von links.

Politikverdrossenheit und Parteienverachtung entsprechen in den Wohlstandsdemokratien des Westens dem Zeitgeist. Auch die PDS hat in den letzten anderthalb Jahrzehnten drei Viertel ihrer Mitglieder verloren. Der SPD werden in dieser Situation allgemeine Mitgliederwerbemaßnahmen wenig nützen. Sie sollte sich auf bestimmte Gruppen konzentrieren, Junge, Migranten und Senioren.

Die Jüngeren drohen zur Randgruppe in der Partei zu werden. Gleichwohl ist meine Erfahrung als Bundestagsabgeordneter aus Gesprächen mit Schülern und Studenten, dass politisches Interesse durchaus weckbar ist. Uns fehlen dafür aber zeitgemäße »aufnehmende Strukturen«. Die Ortsvereine allein schaffen es nicht, die Jusos überwiegend auch nicht.

Die wachsende Bevölkerungsgruppe der Migranten sucht erst gelegentlich politische Teilhabemöglichkeiten, steht aber überwiegend noch außerhalb der demokratischen Parteistrukturen. Hier eine selbstbewusste sozialdemokratische Offensive zu starten wäre also doppelt wünschenswert – auch als Beitrag zur Integration.

Sich um Ältere kümmern zu wollen, wenn es um Neumitglieder geht, scheint auf den ersten Blick vielleicht sonderbar. Aber gerade am Ende des Erwerbslebens gibt es eine Phase, in der manche neues

Engagement suchen und in der aus langjährigen SPD-Wählern auch Mitglieder werden können. Die aktiven Parteisenioren könnten künftig stärker als bisher in die operative Parteilarbeit eingebunden werden.

Mancher mag hoffen, dass sich das Unbehagen an der Regierungsbeteiligung in Wohlgefallen auflösen wird, wenn Ende Oktober ein neues Parteiprogramm beschlossen sein wird, oder wenn die Umfragezahlen besser werden, oder wenn bei den Landtagswahlen 2008 erstmals wieder ein CDU-Land zur SPD kippt. Aber es liegt auch mit der Praxis des Regierens seit 1998 einiges im Argen. Nicht die neue Sozialgesetzgebung, die auf Demografie und Globalisierung reagiert, war ja das Problem, sondern die Art der Durchsetzung.

Das erfolgreiche Gegenmodell dazu ist die neue Familienpolitik der SPD. Sie wurde 1999 eingeleitet mit der Berufung einer Parteikommission unter Leitung von Renate Schmidt. Nach der Bundestagswahl 2002 wurde sie Familienministerin und setzte die Konzeption Schritt für Schritt um: Tagesbetreuungsausbaugesetz, Ganztagsschulprogramm, Elternzeit und Elterngeld. Die Sache ist durchargumentierbar, ist gesellschaftlicher *Mainstream* geworden. Jetzt führt eine CDU-Ministerin diese Politik weiter.

Renate Schmidt war die richtige Ministerin zur rechten Zeit am rechten Platz. Nicht immer allerdings ist das Spitzenpersonal so gut »ge-castet«. Das Proporz-Prinzip treibt manchmal seltsame Blüten. Kurt Becks Umbau der engeren Parteiführung deutet an, wo er wohl – zu recht – das Problem sieht.

Bis 1980 hatten wir in der westdeutschen Bundesrepublik ein Drei-Parteien-System: SPD, CDU/CSU, FDP. Dann kamen DIE GRÜNEN hinzu. Seit 1990 gibt es im geeinten Deutschland *de facto* ein Fünf-Parteien-System mit der SED-Nachfolgepartei, die jetzt DIE LINKE heißt. Bei jeder Bundestagswahl seither hätte schon jene

Konstellation entstehen können, die 2005 zur Großen Koalition führte, dass nämlich eine große und eine kleine Fraktion allein nicht mehr zur parlamentarischen Mehrheitsbildung ausreichen.

So bedrohlich DIE LINKE im Augenblick erscheint, so wenig neu ist das Problem. Mit der ostdeutschen PDS gibt es längst Tolerierungs- und Regierungserfahrung in Sachsen-Anhalt, Berlin und Mecklenburg-Vorpommern. Mit PDS und WASG im Westen gibt es Erfahrungen, die denen mit DKP und K-Gruppen entsprechen: Spaltungen und Abspaltungen, Sektierertum, Kaderpolitik (z.B. im Gewerkschaftsmilieu) und hasserfüllter Anti-Sozialdemokratismus: »Wer hat uns verraten? Sozialdemokraten!« Mit denen ist erstmal keine Koalition zu machen und wahrscheinlich an vielen Orten auch gar keine Partei. Da streiten Trotzkiten mit ausgetretenen Grünen, verbitterten Sozialdemokraten, begeisterten Querulanten und *Alt-Stamokaps* aus der Gewerkschaftslinken vor vorbeiflanierendem Publikum. In ganz Westdeutschland hat DIE LINKE weniger Mitglieder als die SPD allein in Schleswig-Holstein.

Ihre Wirkung ergibt sich zurzeit vor allem aus der Aufmerksamkeit, die der Racheengel Lafontaine in den Medien genießt. Insofern ist DIE LINKE bei allen künftigen Wahlen im Westen eine Gefahr für sozialdemokratische oder rot-grüne Mehrheiten in Ländern und Kommunen. Dennoch sollten Sozialdemokraten nicht in die Falle tappen und sich auf DIE LINKE fixieren. Unsere politischen Hauptgegner sind und bleiben die Unionsparteien und mit ihnen die gesellschaftlichen Kräfte und Interessen, die anstelle des Primats der Politik das Primat der Ökonomie setzen wollen.



Hans-Peter Bartels (*1961) MDB, ist Mitglied der SPD-Grundwertekommission und Mitherausgeber der Zeitschrift BERLINER REPUBLIK.
hans-peter.bartels@bundestag.de